

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Dr. Jens Wolf, Jörg Hamann,
Franziska Grunwaldt, Ralf Niedmers (CDU) und Fraktion**

Haushaltsplan-Entwurf 2017/2018

Einzelpläne 1.2 – 1.8 Bezirksämter

Aufgabenbereiche

205, 209, 213, 217, 221, 225, 229 Steuerung und Service;

207, 211, 215, 219, 223, 227, 231 Soziales, Jugend und Gesundheit;

208, 212, 216, 220, 224, 228, 232 Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Produktgruppen

205.01, 209.01, 213.01, 217.01, 221.01, 225.01, 229.01 Steuerung und Service;

207.02, 211.02, 215.02, 219.02, 223.02, 227.02, 231.02 Sozialraummanagement;

208.01, 212.01, 216.01, 220.01, 224.01, 228.01, 232.01 Stadt- und Landschaftsplanung;

208.02, 212.02, 216.02, 220.02, 224.02, 228.02, 232.02 Bauaufsicht;

208.03, 212.03, 216.03, 220.03, 224.03, 228.03, 232.03 Management des öffentlichen Raumes

Betr.: Der Senat muss die Bezirke ausreichend beim Wohnungsbau unterstützen

Seit der Senat im Juli 2011 einen „Vertrag für Hamburg“ mit den sieben Hamburger Bezirken geschlossen hat, um gemeinsam den Wohnungsbau anzukurbeln, lässt er sich immer wieder für die aus seiner Sicht hohe Anzahl an Baugenehmigungen feiern. Dies ist jedoch ein Verdienst der Bezirke und übersieht zudem, dass die Erteilung von Baugenehmigungen nicht mit der Fertigstellung von Wohnungen gleichzusetzen ist.

Trotz der im Rahmen des „Vertrags für Hamburg“ angekündigten besseren Stellenausstattung ist bisher nur eine ungenügende Verbesserung der Personalsituation in den Bezirken zu erkennen. Wenn der Senat es mit der Umsetzung der Bearbeitung von mehr Bauanträgen sowie der baulichen Begleitung des zusätzlichen Flüchtlingswohnungsbaus ernst meint, muss das Personal in den entsprechenden Fachämtern in den Bezirksämtern unverzüglich in ausreichendem Maße aufgestockt werden. Dies betrifft allerdings nicht nur die Bereiche Bauprüfung und Stadtplanung, denn die verstärkten Bauaktivitäten in den Bezirken haben auch gravierende Auswirkungen auf andere Bereiche: Betroffen sind auf Bezirksebene die Fachämter Management für den öffentlichen Raum, welche für die Planung öffentlicher Wege, Parkanlagen, Spielplät-

ze et cetera zuständig sind. Ebenso betroffen sind die Fachämter Sozialraummanagement, welche für eine notwendige soziale Infrastruktur insbesondere für Jugendliche zuständig sind. Hinderlich für eine zügige Fertigstellung von Wohnraum ist auch die Tatsache, dass sich mit zunehmender Bautätigkeit Nachbarschaftseinwände und andere Widerspruchserhebungen bei den Rechtsämtern häufen, die aufgrund der dünnen Personalausstattung überlastet sind.

Aufgrund der mit der Einstellungsoffensive avisierten zusätzlichen 50 Stellen und der im Haushaltsplan-Entwurf vorgesehenen Streichung von 25 Stellen (so ist in Altona und Wandsbek jeweils ein Abbau von knapp zwölf Stellen bis 2018 vorgesehen) verbleiben vor dem Hintergrund unserer in der Drs. 21/3187 erhobenen Forderung noch 75 zu schaffende Stellen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

1. Die Ansätze der Kontenbereiche „Personalkosten“ in den Ergebnisplänen der oben genannten Produktgruppen werden für die Jahre 2017 und 2018 insgesamt jeweils
um 5.755.000 Euro
erhöht, um bei allen diesen Ämtern für eine angemessene Personalausstattung zu sorgen, die dem gestiegenen Arbeitsaufwand gerecht wird.
2. Die Ansätze der Kontenbereiche Erlöse in den Ergebnisplänen der oben genannten Produktgruppen werden für die Jahre 2017 und 2018 insgesamt jeweils
um 5.755.000 Euro
erhöht, da mit Mehrerlösen aus den erteilten Baugenehmigungen zu rechnen ist.